



**EIN JAHRZEHNT
DES AUFBRUCHS.
EIN JAHRZEHNT
DER SOZIALEN
DEMOKRATIE.**

Unsere Missionen für eine
gerechte Transformation.

EIN JAHRZEHT DES AUFBRUCHS. EIN JAHRZEHT DER SOZIALEN DEMOKRATIE.

Unsere Missionen für eine gerechte Transformation.

Unsere sozialdemokratische Vorstellung einer guten Gesellschaft ist eine **Gesellschaft des Respekts**. Eine Gesellschaft, in der wir gemeinsam an einer besseren Zukunft arbeiten – eine Gesellschaft, in der soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Wohlstand die Selbstbestimmung der Menschen ermöglichen und stärken. Diese Vorstellung hat auch in einer Zeit rapiden Wandels und multipler Krisen unverändert Bestand.

Wir leben in einer Zeit, die von vielfachen **komplexen und globalen Herausforderungen** geprägt ist: dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, der Corona-Pandemie, gestörten Lieferketten und geopolitischen Spannungen, der sich weiter verschärfenden Klimakrise, dem Artensterben, der Ressourcenknappheit.

Selten war das Bedürfnis nach sozialem Zusammenhalt und gesellschaftlicher **Resilienz** so groß wie jetzt. Resilienz bedeutet für uns: als Individuen und als Gesellschaft widerstandsfähig zu sein und **Brücken in die Zukunft** zu bauen. Zusammenhalt heißt, diese Brücken **für jede und jeden** zu bauen. Das ist die Aufgabe der Politik: Gesellschaft, Wirtschaft und Demokratie im Wandel stabil zu halten. Aber auch Grenzen aufzuzeigen, da wo der Hass den Dialog dominiert, dort wo sich rechte Gewalt breitmacht.

Dafür brauchen wir Konzepte, wie wir die technische, wirtschaftliche, ökologische und die soziale Transformation miteinander verbinden können. Eine Politik, die den gesellschaftlichen Umbau und den sozialen Ausgleich organisiert in der Übereinkunft, dass auch in dem vor uns liegenden Transformationsprozess Zusammenhalt und Respekt tragende Säulen bleiben müssen – und die Menschen im Mittelpunkt.

Die SPD ist auf dem Weg, ein **transformationspolitisches Programm** zu entwickeln. Im Zentrum stehen vier übergreifende **Missionen**.

- Der gemeinwohlorientierte Umbau unserer fossilbasierten Gesellschaft und Wirtschaft hin zu gerechter **Klimaneutralität**.
- Die Gestaltung des **digitalen Wandels**, sodass er der Emanzipation und Selbstbestimmung der Menschen, ihrer Vernetzung und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt dient und zugleich sozial gerecht abläuft.
- Die Bewältigung des **demografischen Wandels** und seiner Herausforderungen für die Arbeitswelt, den Fachkräftemangel, für die sozialen Sicherungssysteme und unser Lebensumfeld insgesamt.
- Die Schaffung einer **internationalen Ordnung nach der Zeitenwende**, die den Frieden in Europa sichert und die Globalisierung gerecht gestaltet.



Bis Ende 2023 wollen wir Wege aufzeigen, wie wir diese Missionen als gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche Gestaltungsaufgabe übersetzen und wie wir sie für uns als Partei und in der sozialdemokratisch geführten Regierung angehen wollen. Dabei ist unser **Gerechtigkeitsversprechen** der Ausgangspunkt. Die gerechte Verteilung von Chancen, Einkommen und Vermögen ist bei der Gestaltung der Transformation zentral.

1. WAS UNS ALS GESELLSCHAFT IM WANDEL STÄRKT

Zu den **Grundlagen**, die wir als Gesellschaft benötigen, um Krisen zu bewältigen, uns auf Veränderungen einzulassen und die Transformationen gemeinsam zu gestalten, gehören

- **Respekt**, den alle gleichermaßen in der Gesellschaft und vonseiten des Staates erfahren sollen, egal woher sie kommen, ob sie mit oder ohne Behinderung leben, welche **Tätigkeit** sie ausüben, wie sie leben oder wen sie **lieben**;
- eine gerechte **Verteilung** von Einkommen und Vermögen – aber auch von Chancen und Kosten der Transformation;
- mitbestimmte, sichere Arbeitsplätze mit guter Bezahlung in mitbestimmten Unternehmen und Sicherheit beim Wandel der **Arbeitsplätze**;
- gerechte **Bildungschancen** ein Leben lang – denn Bildung ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben, für gleichberechtigte Teilhabe an Gesellschaft und Arbeitsmarkt, für Gestaltungs- und Veränderungsmut;
- **Geschlechtergerechtigkeit** und die Förderung von Gleichberechtigung, auch damit im Wandel die Kompetenzen aller zum Tragen kommen;
- ein starker **Sozialstaat**, der einfach zugänglich ist und passgenaue und lebenslagenbezogene Unterstützung in allen Regionen gewährleistet;
- soziale **Sicherheit** und individuelle soziale Stabilität durch starke Familien, Gemeinschaften, Städte und Regionen;
- individuelle und kollektive **Rechte** auf Schutz und auf Teilhabe;
- Möglichkeiten, Veränderungen aktiv **mitzugestalten** und eigene Ideen einzubringen;
- **Rahmenbedingungen** für ein bezahlbares, barrierefreies und lebenswertes Wohnumfeld für Jung und Alt, für eine aktive Zivilgesellschaft und eine lebendige **Demokratie**;
- eine **öffentliche Infrastruktur**, die individuelle Entfaltung ermöglicht und die Voraussetzungen für einen starken Wirtschaftsstandort bildet.

Die Schaffung und die Sicherung dieser Grundbedingungen setzen ein konstruktives **Zusammenwirken** verschiedener Akteurinnen und Akteure voraus.

Als **Bürgerinnen und Bürger** unserer Gesellschaft sind wir verbunden durch das demokratische System, das uns stark macht. Mithilfe zivilgesellschaftlicher Organisationen wie Parteien, Gewerkschaften, Bürger*inneninitiativen und sozialer Bewegungen sowie durch die **Wissenschaft** können wir Zielkonflikte benennen, gemeinsame Ziele definieren und die Transformationen im Sinne des Gemeinwohls gestalten. Wir wollen bessere Möglichkeiten schaffen, sich in den Transformationsprozessen zu beteiligen und zu vernetzen, sie mitzugestalten und mitzubestimmen. Nur wer individuell handlungsfähig bleibt, traut sich große, kollektive Veränderungen zu. Wir haben bereits Transformationserfahrungen gemacht, insbesondere in Ostdeutschland. Auf diese Erfahrungen sollten wir zurückgreifen, Erlebnisse teilen und auch gemeinsam aus Fehlern lernen.

Als **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** erleben wir, wie sich die Arbeitswelt verändert. Eine integrative und inklusive Arbeitswelt mit guten Arbeitsplätzen und Chancen für alle bleibt eine zentrale Säule für Teilhabe und Zusammenhalt. Dafür ist eine aktive Arbeits- und Wirtschaftspolitik nötig, die faire Löhne und die Stärkung von Sozialpartnerschaft, (Unternehmens-)Mitbestimmung und Tarifbindung umfasst. Dazu gehört, dass der Staat verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für Unternehmen schafft. Gerechte und verlässliche Chancen auf Aus- und Weiterbildung ermöglichen Teilhabe und Resilienz; ein starker Sozialstaat gewährleistet Sicherheit im Wandel. Wir nutzen die Chancen und finden Antworten auf die Herausforderungen, die in orts- und zeitunabhängigem Arbeiten, Plattformarbeit oder dem Einsatz von künstlicher Intelligenz liegen. Deutschland hat mit der sozialen Marktwirtschaft eines der erfolgreichsten Arbeits- und Wirtschaftsmodelle der Welt, das die Grundlage unseres Wohlstandes ausmacht, sowie eines der besten sozialen Sicherungssysteme.

Unsere Missionen für eine gerechte Transformation.

Als **Verbraucherinnen und Verbraucher** sind wir ungleich betroffen von Markt- und Preisveränderungen im Zuge der Transformation. Der reine Verzicht oder die individuelle Kontrolle von Konsum ist nicht für alle Bevölkerungsschichten eine leistbare Alternative. Zudem sind es unzulängliche Lösungen für komplexe Probleme wie den Klimawandel oder die Gewährleistung digitaler Souveränität. Vielmehr müssen wir Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage versetzen, überhaupt souveräne Konsumententscheidungen treffen zu können. Um unsere Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, müssen wir zudem das verantwortungsvolle Handeln Einzelner durch eine stärkere kollektive Gestaltung der Märkte hin zu Ressourcenschonung, Effizienz, Transparenz und Souveränität unterstützen. Wir setzen auf kollektive Strukturen der Daseinsvorsorge; sie bilden den Rahmen für mündige Verbraucher*innenentscheidungen.

Unsere Politik formuliert die Aufgaben eines **missionsorientierten Staates**: Er soll die unterschiedlichen Interessen und Akteur*innen der Gesellschaft im Blick haben und sie für die nachhaltige Zukunft zusammenführen. Dabei ist der Staat als **Koordinator, Regulator und Treiber von Investitionen** und Innovationen gefragt. Er muss **Technologieentscheidungen** forcieren und dafür bereit sein, in bestehende Märkte einzugreifen. Ein solches Eingreifen bedeutet die endgültige Überwindung eines neoliberalen Gesellschafts- und Denkmodells, das sich insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge als Irrweg erwiesen hat. Der Staat muss auf all seinen Ebenen **private und öffentliche Investitionen** in Richtung nachhaltiger Produkte und Prozesse lenken. Der Aufbau öffentlicher **Infrastrukturen** kann ein wichtiger Impuls zur Strukturentwicklung sein und dafür sorgen, dass der Wandel vor Ort gerecht vonstattengeht. Der Staat muss sicherstellen, dass sich neue **Perspektiven** eröffnen, bevor sich alte schließen und neue Wirtschaftsstrukturen ausgebaut werden, bevor **Engpässe** entstehen.

Unsere missionsorientierte Politik wird die Innovationskraft von Wissenschaft und Wirtschaft stärken und dafür sorgen, dass Forschungsergebnisse und Prototypen häufiger den Weg in die Anwendung finden. Ein wichtiges Handlungsfeld liegt darin, die **Innovations- und Implementierungszyklen** zu kürzen. Bildung, Forschung, Entwicklung und die daraus resultierenden Technologien müssen schneller in die großtechnische Anwendung gebracht werden. Neben beschleunigten Planungs- und Genehmigungsverfahren wollen wir die Förderung für Reallabore ausweiten und die Transferaktivitäten von Laboren zur **Marktreife** stärken, etwa indem wir Förderstrukturen der öffentlichen Hand verbessern. Durch den vorgezogenen Kohleausstieg sind die betroffenen Kohlereviere zu echten **Reallaboren** für eine gelingende Transformation geworden. Bund und Länder müssen hier ihre Förderinstrumente zügig weiterentwickeln, um die umfangreichen Fördermittel auch zielgerichtet für einen gelingenden Strukturwandel einzusetzen. Wir wollen **Start-ups** und die **Gründungskultur** noch stärker unterstützen und ihnen aktiv Wege in die Mitbestimmung und Tarifbindung aufzeigen. Mit einer zielorientierten Innovations- und Industriepolitik können wir starke **industrielle Kerne** und nachhaltige Wertschöpfungsketten aufbauen, erhalten und im Wandel mitgestalten. Wir schaffen Marktregeln und einen ordnungspolitischen Rahmen, die es den **Unternehmen und Verbraucherinnen und Verbrauchern** ermöglichen, nachhaltig zu produzieren und zu konsumieren.

Auch auf **regionalen und lokalen Ebenen** streben wir eine aktive gemeinsame Steuerung der Transformation an. Überlässt der Staat diese Veränderungsprozesse allein dem Markt, verstärken sie die bereits vorhandenen regionalen Ungleichheiten – zwischen Stadt und Land, zwischen Ost und West, Nord und Süd, auf nationaler und internationaler Ebene. Durch die Erfahrungen aus dem **Ruhrgebiet** und dem Wandel in **Ostdeutschland** wissen wir, dass der Staat regionale Wertschöpfungsnetzwerke, Kommunikationen und soziale Daseinsvorsorge aktiv erhalten und ausbauen muss. Nur so ist eine Region weiterhin attraktiv. Voraussetzung für lokale Experimentierräume für soziale Innovationen, die Communitys und Regionen stärken, ist eine bedarfsgerechte Finanzausstattung der Kommunen. Wir arbeiten unverändert an einer Lösung für die Altschulden der besonders finanzschwachen Kommunen: So werden die Kommunen und Regionen befähigt, ihre **eigenen Transformationspfade** zu gestalten.

Dazu bedarf es dringend einer Weiterentwicklung der notwendigen staatlichen Förderinstrumente. Dafür ist eine aktive **Regional- und Strukturpolitik** notwendig, um Regionen und Produktionsstandorte zu stärken, die

Unsere Missionen für eine gerechte Transformation.

im Zuge des Klimawandels, der Dekarbonisierung, der Digitalisierung oder der Fachkräftesicherung besondere Herausforderungen erleben. Diese regionalen Umbrüche benötigen Expertise der Kommunalpolitiker*innen und aller Stakeholder vor Ort. Diese Expertise muss regional gebündelt und genutzt werden. Schließlich muss der Wandel vor Ort funktionieren. Denn hier wird die Transformation im Alltag erlebt, beispielsweise mit Blick auf die Sicherheit von Arbeitsplätzen, die Nahversorgung, schnelles Internet, Mobilität und Infrastruktur für Kinder und Familien und ältere Menschen. Dazu gehört auch die Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung im Bereich von Gesundheit und Pflege.

Die Corona-Pandemie hat außerdem gezeigt, wie wichtig ein starker öffentlicher Gesundheitsdienst als Steuerungsinstrument für den effektiven Schutz der Bevölkerung und das Funktionieren des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist.

Der Megatrend der **Urbanisierung** wird weiter anhalten. Und mit ihm und mit den veränderten Bedürfnissen unserer digitalen, mobilen Welt an das Zusammenleben wachsen die Anforderungen an unsere gebaute Umwelt und ihre öffentlichen Räume für Freizeit, Erholung und soziales Miteinander. Wir werden die Kraft der Städte und Gemeinden für die Transformationsaufgaben wie der Verkehrs-, Bau-, Wärme- und der Klimawende nutzen und Städte und Gemeinden gezielt dabei unterstützen, klimafeste, resiliente und moderne Aufenthaltsorte zu entwickeln.

Es bleibt die Aufgabe von Politik, die Rahmenbedingungen zu schaffen, die die **gesellschaftliche Resilienz** gegen Krisenlagen wie die Corona-Pandemie ganz grundsätzlich verbessern. Dazu gehört es besonders Familien zu stärken und die Institutionen die sie unterstützen. Sie sind eine tragende Säule für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir wollen die Partnerschaftlichkeit bei der **Familienarbeit** durch mehr Gleichstellung in der Arbeitswelt, ein modernes Steuersystem und durch starke Institutionen für Betreuung und Familienhilfe. Damit Arbeit zum Leben passt, brauchen wir mehr Möglichkeiten atmender Arbeitszeit durch **Arbeitszeitverkürzung**, insbesondere in unterschiedlichen Lebensphasen.

Wir wollen die Grundlagen stärken, die die Menschen benötigen, um selbstbestimmt leben zu können. Eine zentrale Basis ist unser **Bildungssystem**. Bildung, Ausbildung und Weiterbildung sind **emanzipatorische Versprechen** und ein Schlüssel dafür, dass aus Kindern selbstbewusste Erwachsene werden, die souveräne Entscheidungen treffen, Veränderungen mutig anpacken und Krisen meistern können. Wir wollen der **Bildungspolitik** einen neuen Schub verleihen und die soziale Schere bei den Bildungschancen wirksam schließen. Dazu wird auch die Kindergrundsicherung ihren Beitrag leisten. Der Anteil junger Menschen **ohne Schulabschluss** muss verringert werden.

Über all diese Akteursgruppen und -ebenen hinweg gilt: Die Gestaltung der Transformation kann nur dann gelingen, wenn alle daran beteiligt sind und nicht durch Zugänge und Preise breite Schichten ausgeschlossen werden. Unsere Vorstellung eines **missionsorientierten Staates** grenzt uns von denjenigen ab, die daran glauben, dass die Gesellschaft vor allem durch entfesselte Marktkräfte und Preissignale zukunftsfähig gestalten könnte.

Für die SPD ist Transformation keine Aneinanderreihung von Ereignissen, die über die Menschen hereinbrechen und die sie alleine zu stemmen haben. Transformation ist eine gemeinsame **Gestaltungsaufgabe**, die wir aktiv mit **Selbstbestimmung, sozialem Ausgleich** und **Zusammenhalt** verbinden müssen. Die Menschen müssen als Expertinnen und Experten ihrer Region, ihrer Arbeit und ihres Lebens diese Aufgabe demokratisch übernehmen können. So sind die Grundwerte der Sozialdemokratie – Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität – unsere Leitplanken für die Transformation.

2. HERAUSFORDERUNGEN ANNEHMEN, ZUKUNFT GESTALTEN

2.1 MISSION GERECHTE KLIMANEUTRALITÄT



Fossile Ressourcen und die auf ihnen beruhenden Prozesse waren in den vergangenen 250 Jahren Grundlage unseres **Wohlstands**. Ihre Zeit geht zu Ende: Was einst unsere Arbeits- und Lebensweise begründete, schadet Mensch und Natur, schafft Abhängigkeiten und führt zu sozialen Verwerfungen. Das **Pariser Klimaabkommen** gibt uns den Weg vor: Wir müssen fossile Energieträger, Infrastrukturen und Technologien ersetzen – und dass innerhalb einer Generation!

Die Dekarbonisierung ist Chance und Herausforderung zugleich. Richtig gemacht, wird sie zu mehr **Selbstbestimmung** und **Resilienz** sowie zu mehr Wertschöpfung und Beschäftigung führen. Die beherrzte Nutzung der reichen Quellen Erneuerbarer Energien in Deutschland begreifen wir als große Chance für wirtschaftliches Wachstum. Kurzfristig verstärkte Nutzung fossiler Energien im Zuge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine dürfen nicht zu langfristigen Lock-in-Effekten fossiler Energieträger führen. Deutschland ist ein **starkes Technologie- und Innovationsland**. Das hat zuletzt die schnelle Entwicklung von Impfstoffen gegen das Corona-Virus gezeigt. Das enge **Zusammenwirken** von Akteur*innen auf verschiedenen Ebenen wollen wir in Zeiten der sozial-ökologischen Transformation weiter ausbauen – mit Fokus auf nicht-fossilen Technologien und Prozessen.

d

Die Grundlage der nachhaltigen Gesellschaft ist die Produktion, Speicherung und konsequente Nutzung der nahezu unerschöpflichen Erneuerbaren Energien. Wir müssen die industrielle Produktion von und die Energieerzeugung aus Wind-, Solar- und Wasserkraft massiv ausbauen sowie schnelle Schritte in die nachhaltige **Wasserstoffwirtschaft** gehen. Neben der Produktion von Strom muss unseren Wärmebedarf aus erneuerbaren Energiequellen gedeckt werden. Entscheidend hierbei ist die Rolle der Kommunen bei der dezentralen Energie- und Wärmeplanung, die es zu unterstützen gilt. Die Energiewende muss so gestaltet werden, dass Bürger*innen, Gemeinden und Unternehmen, die in Erneuerbare investieren, viel direkter davon profitieren. Darüber hinaus werden wir den Dialog über die Rolle und Nutzung von Kohlenstoff im Industriebereich sowie die Abwägung verschiedener technologischer Risiken führen.

Wir treiben die **Verkehrswende** durch die **Elektromobilität, Ladeinfrastruktur** und den Einsatz von grünem Wasserstoff sowie den Ausbau der Infrastruktur für den Fuß-, Rad- und Schienenverkehr voran. Wir werden den öffentlichen Personen Nahverkehr als Rückgrat der Mobilitätswende ausbauen und das Angebot insbesondere auf der letzten Meile verbessern. Wir verstehen Mobilität als Aspekt sozialer Teilhabe und setzen uns deshalb für deutlich niedrigere Preise im öffentlichen Nah- und Fernverkehr und ein Angebot für Stadt und Land ein.

Um Versorgungssicherheit beim Ausbau der Erneuerbaren Energien zu gewährleisten betreiben wir eine aktive Industriepolitik, damit möglichst viel Wertschöpfung und industrielle Produktion von Erneuerbaren Energien in Deutschland und der EU gehalten und aufgebaut werden. Wir müssen alle Potenziale der **Ressourceneffizienz** erschließen und mittels Ordnungsrecht in die großflächige Umsetzung der **Kreislaufwirtschaft** kommen. Hierfür sind neue industrielle Verbünde, **Recyclingsysteme** und -märkte notwendig. Neue Geschäftsmodelle wie die **Sharing Economy** wollen wir im Sinne von Ressourcenschonung unterstützen. Zusätzlich müssen wir Resilienz durch eine vorausschauende Technologie- und Rohstoffstrategie schaffen, damit wir Wertschöpfungsketten in Europa halten und ausbauen können.

Auch in der **Landwirtschaft** und Tierhaltung stehen große Veränderungen bevor: Mit einer neuen **Ernährungsstrategie** und einer verpflichtenden staatlichen **Tierhaltungskennzeichnung** gehen wir entscheidende Schritte bereits in dieser Legislaturperiode an. Wir setzen die Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft und des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung um.

Unsere Missionen für eine gerechte Transformation.

Der **Gebäudesektor** und die gesamte Baubranche bergen erhebliche CO₂-Einsparpotenziale. Wir legen den Schwerpunkt auf wirtschaftliche Maßnahmen zur CO₂-Einsparung, den Einsatz klimafreundlicher Materialien, Senkung des Energieverbrauches und den vollständigen Einsatz erneuerbarer Energien. Wir werden dafür die Lebenszykluskosten verstärkt in den Blick nehmen und nachhaltiges Bauen befördern, ohne dabei die dringend notwendige Bezahlbarkeit aus dem Blick zu verlieren. Das größte Einsparpotential von CO₂ im Bausektor liegt im Gebäudebestand. Wir legen einen Schwerpunkt auf Gebäudesanierung, einschließlich die Gewinnung der dazu benötigten Fachkräfte und Material.

Die sozial-ökologische Transformation muss mit einer Politik für **gleichwertige Lebensverhältnisse** verbunden sein. Insbesondere die **Energiemärkte** müssen den Zielen Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und schnellerem Ausbau von nicht-fossilen Energien angepasst werden. Wir ermöglichen die stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Wertschöpfung durch Erneuerbare Energien unter anderem durch kommunale Beteiligungsmodelle und Zukunfts-Anleihen. Durch den Ausbau erneuerbarer Energieinfrastrukturen, neue **Ansiedlungspunkte** für Industrien, stärkere europäische Kooperation sowie die Stärkung der sozialen Daseinsvorsorge können regionale nicht-fossile Wirtschaftsstrukturen auf- und ausgebaut werden. Wir entwickeln eine **Strategie für die ländlichen Räume**, einschließlich eines leistungsfähigen öffentlichen **Nah- und Fernverkehrs**.

Auch in der Außen- und Entwicklungspolitik setzen wir die gerechte Klimaneutralität und die Schaffung von resilienten Wertschöpfungsstrukturen ins Zentrum: Wir entwickeln eine Klimaaußenpolitik, die unsere nationalen Transformationsziele mit den Bedarfen der global nachhaltigen Entwicklung verbindet. **Sozialdemokratische Klimaaußenpolitik** ist nicht nur Green Transition, sondern Just Transition. Dabei sind die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDG) unser Leitfaden. Wir wollen **menschenwürdige Arbeitsplätze** in ökologisch relevanten Zukunftsbranchen schaffen, und wir unterstützen die Schaffung von sozial ausgestalteten Sicherungssystemen, einschließlich **Klimarisikoversicherungen** für vulnerable Gruppen, beispielsweise **Kleinbäuerinnen und Kleinbauern**. Die effektive Umsetzung der ökologischen Verantwortung und der Achtung der **Menschen- und Arbeitnehmer*innenrechte** in den **globalen Lieferketten** ist Aufgabe für Unternehmen und Staaten zugleich. In dem von Deutschland initiierten **internationalen Klimaclub** wollen wir das Projekt eines klimaneutralen Industriesektors gemeinsam mit anderen Staaten voranbringen und uns für faire internationale Rahmenbedingungen für die Transformation stark machen. Die **Landwirtschaft** ist ein besonderer Sektor, in dem stärkere internationale Zusammenarbeit dringend notwendig ist. Hier kann durch technische und soziale Innovationen die **Anpassungsfähigkeit** des globalen Südens wie Nordens an den Klimawandel gestärkt werden.

2.2 MISSION DEMOKRATISCHE DIGITALISIERUNG

Parallel zu den sozial-ökologischen Veränderungen führten und führen **Automatisierung** und insbesondere die Digitalisierung zu tiefgreifenden Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft.



Technologie ist **kein Selbstzweck**. Sie muss das Leben der Menschen besser machen – das ist unser Anspruch an die **Digitalisierung**. Sie kann und soll dafür eingesetzt werden, Effizienz, Ressourcenschonung und Chancengleichheit zu fördern. Digitale Systeme sollen dezentral, vernetzt und demokratisch gestaltet sein, damit sie allen Menschen dienen und nicht einigen wenigen Konzernen. Grundlegend hierfür ist die Verteidigung der digitalen Bürgerrechte und der Datensouveränität aller Bürgerinnen und Bürger.

Um das zu erreichen, brauchen wir einen **Paradigmenwechsel** im Umgang mit digitalen Technologien. In der **Digitalpolitik** und bei digitalen Innovationen sollen das **Gemeinwohl** sowie die Grund- und Freiheitsrechte der im Mittelpunkt stehen. Es geht um eine Demokratisierung der Chancen der Digitalisierung, ihres Einsatzes in den Lebenswelten der Menschen und ihrer materiellen Erträge. Wir streben an, die „**digitale Dividende**“ für mehr **Gerechtigkeit**, für eine bessere **Balance von Arbeit und Leben** sowie für Freiräume für soziales Engagement zu nutzen. Wir wollen, dass die **Zivilgesellschaft** zum Motor dieser demokratischen Digitalisierung wird, und dass sie die Digitalität für ihr Zusammenwirken nutzen kann. Dafür braucht sie einen Raum für Diskurs

Unsere Missionen für eine gerechte Transformation.

und Vernetzung, der frei von kommerziellen Interessen ist. Das sind beispielsweise **öffentlich-rechtlich organisierte soziale Plattformen**. Der Schutz des Grundrechts auf Privatsphäre und der Vertraulichkeit der Kommunikation muss im Mittelpunkt stehen, sodass es nicht zu einer Kommerzialisierung personenbezogener Daten kommt. Dazu gehören essentielle Schutzkonzepte, wie insbesondere Datensparsamkeit, Ende-zu-Ende Verschlüsselung, Anonymisierung und die Verwendung von aggregierten Daten vorantreibt.

Eine Voraussetzung dafür ist Augenhöhe mit der Wirtschaft. Es ist eine Gestaltungsaufgabe für den Staat, diese Augenhöhe zu ermöglichen, indem er die nötige Infrastruktur und Regeln schafft. Der Staat muss in seiner eigenen **Datenpolitik** mit einem breiten Zugang im Sinne von Open Data als Vorbild vorangehen; er muss eine Kultur des **Datenteilens** fördern, die Pflichten für Wirtschaft und Staat umfasst und Bürgerinnen und Bürger vor Überwachung und Profiling sämtlicher Akteur*innen schützt. Insbesondere sollten die Gesetzesvorhaben, die Grund- und Freiheitsrechte der Menschen einschränken in einer Überwachungsgesamtrechnung miteinzogen werden, um die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit zu gewährleisten. Wir wollen Datentreuhänder fördern und die **Datenwirtschaft** so organisieren, dass sie einer stärkeren demokratischen Kontrolle unterliegt. Mit Gesetzen wie dem **Digital Services Act** und der Perspektive, dass digitale Infrastrukturen **öffentliche Güter** sind, stärken wir die Rechte der Einzelnen sowie unsere digitale Souveränität in einer globalisierten digitalen Welt.

Zu den besonderen Stärken Deutschlands gehörte lange Zeit eine gut ausgebaute Infrastruktur. Aktuell stehen wir vor einem gewaltigen **Investitionsstau**. Wir brauchen jetzt ein umfassendes **Infrastruktur-Modernisierungsprogramm**, mit Fokus auf Stromnetzen, Schienen und Sanierung von Straßen sowie auch auf **4G- und 5G-Netzen**. Es braucht gleichwertige digitale Lebensverhältnisse und Teilhabe – in Stadt und Land, Ost und West, bis an jede Milchkanne. Wir setzen uns ein für einen Digitalisierungsschub in der **öffentlichen Verwaltung**, in den **Schulen** und im **Gesundheitswesen**. Wir wollen **digitale Basistechnologien** wie **künstliche Intelligenz**, das maschinelle Lernen, das **Cloud-** und **Quantencomputing** schneller voranbringen, ohne dabei auf Sicherheitsaspekte zu verzichten und hohe, diskriminierungsfreie Qualitätsanforderungen an die Datenerhebung stellen. Dafür brauchen wir eine Stärkung der **digitalen Industriepolitik**. Kleinere und mittelständische Unternehmen (**KMU**) müssen als Rückgrat der Wirtschaft mehr Unterstützung bekommen, um die digitalen Potenziale umsetzen zu können.

Eine sozialdemokratische Innovationspolitik stellt immer die Menschen ins Zentrum: Die gleichberechtigte Teilhabe und die individuellen Grundrechte müssen gewahrt bleiben. Um die digitale Souveränität von Bürgerinnen und Bürgern, Beschäftigten sowie Verbraucherinnen und Verbrauchern zu stärken, brauchen wir durchsetzungsfähigen Datenschutz. Ein starker **europäischer Rechtsrahmen** mit einer effektiven Durchsetzung ist notwendig und wir müssen entschlossen darauf hinarbeiten, dass Europa ein eigenes **Wirtschaftsmodell** für das digitale Zeitalter entwickelt, ein Modell, das unseren Werten und unserer Gesellschaftsvision entspricht.

Europa hat die Chance, mit Innovationen, strategischen Partnerschaften und modernen Infrastrukturen zum **Leitmarkt** für zentrale Zukunftstechnologien zu werden. Dafür braucht es aber mehr gemeinsame europäische Planung und Finanzierung von **großtechnischen** digital- und transformationspolitischen Innovations- und Investitionsprojekten. Wir brauchen dringend eine technikalpolitische **Resilienzstrategie**, auch um unsere eigenen Fähigkeiten in Schlüsselbranchen – wie Halbleiter- und Chipherstellung sowie Softwareentwicklung – zu stärken. Dies ist nicht zuletzt mit Blick auf den zunehmenden internationalen **Systemwettbewerb** notwendig.

2.3 MISSION DEMOGRAFISCHER WANDEL UND FACHKRÄFTESICHERUNG

Auch der **demografische Wandel** stellt unsere Wirtschaft und Gesellschaft sowie die sozialen Sicherungssysteme vor Herausforderungen. Insbesondere der zunehmende **Fachkräftemangel** ist eines der schwerwiegendsten **Hemmnisse** der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Produktivitätssteigerungen in allen Sektoren ist zentral, um unsere Transformationsziele ressourcenschonend und vor dem Hintergrund des demografischen Wandels zu erreichen.



Unsere Missionen für eine gerechte Transformation.

Wir müssen neue Fachkräfte gewinnen und die Fachkräfte von heute auf die Herausforderungen von morgen vorbereiten. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hat bereits wichtige Instrumente für ein auf Transformation ausgerichtetes Aus- und Weiterbildungssystem vorgelegt. Hierzu gehören das **Qualifizierungsgeld**, die **Bildungszeit**, Bildungsteilzeit, Ausbildungsplatzgarantie, **Arbeitslosengeld Q** sowie eine **Fachkräftestrategie**. Bildungsangebote sollen stärker an den Bedürfnissen **Berufstätiger** ausgerichtet werden. Mit den deutlich verbesserten Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung leistet auch das neue **Bürgergeld** einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung. Zur effektiven **Umsetzung** dieser Maßnahmen braucht es entsprechende Strukturen und mehr Vernetzung zwischen Berufsschulen, Fachhochschulen, Universitäten und Unternehmen. Regionale **Transformationscluster** und -agenturen sowie Weiterbildungsverbänden können helfen, die Akteure vor Ort im Sinne regionaler Fachkräftesicherung zusammenzuführen.

Gerade angesichts des Fachkräftemangels müssen die **Arbeits- und Ausbildungsbedingungen** attraktiver werden. Hierzu gehören höhere Löhne, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, familienfreundliche Arbeitsplätze, die Stärkung von **Tarifbindung** und **Mitbestimmungsstrukturen** sowie ein besserer **Arbeitsschutz**. Nicht nur für die Fachkräftesicherung, sondern vor allem für die Geschlechter- und Chancengerechtigkeit ist es zentral, dass es Frauen ermöglicht wird, ihre Erwerbsarbeit nach ihren Vorstellungen auszuweiten. Der ungerechte **Gender-Pay-Gap**, muss abgebaut, steuerliche Fehlanreize beseitigt werden. Dazu braucht es einen Rechtsanspruch auf eine gebührenfreie und gute Bildung und Betreuung.

Wir müssen die **Anerkennung** von im Ausland erworbenen Qualifikationen erleichtern. Wir brauchen ein faires und fortschrittliches **Einwanderungsrecht** und müssen Kettenduldungen effektiv beenden. Denn wir sind zunehmend auf Menschen angewiesen, die dringend benötigte Qualifikationen mitbringen oder bei uns erwerben. Deshalb soll Menschen baldmöglichst ein Einstieg in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt ermöglicht werden, auch wenn ihr Aufenthaltsstatus noch nicht final geklärt ist.

Um die Leistung erfahrener und lebensälterer Beschäftigter zu erhalten, müssen Arbeitsplätze altersgerecht gestaltet sein. Arbeitszeitmodelle, die Wahlarbeitszeiten ermöglichen, können dazu ebenso einen Beitrag leisten wie ein starkes Netzwerk aus Gesundheitsprävention und Arbeitsschutz. Der allgemeine Arbeitsmarkt und die Sicherung von Fachkräften ist so zu gestalten, dass durch entsprechende Qualifizierungs- und Förderinstrumentarien Menschen mit Behinderungen mit ihrer fachlichen Expertise ihren Platz und **Aufstiegchancen** finden.

2.4 MISSION INTERNATIONALE ORDNUNG GESTALTEN

Seit einigen Jahren nehmen Herausforderungen in der internationalen Politik zu, die nach neuen Antworten verlangen. Die **Corona-Pandemie** mit ihren weitreichenden Folgen für Gesundheitssysteme, die globale Wirtschaft und Lieferketten wirkte wie ein Brennglas für bereits existierende oder sich anbahnende Konflikte im internationalen System. Mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die **Ukraine** hat Russland auf brutale Weise die europäische Friedensordnung und vermeintliche Gewissheiten der internationalen Zusammenarbeit erschüttert. Der Einmarsch markiert eine **Zeitenwende**, die uns zu einer **Neubewertung** unserer Rolle in Europa und der Welt herausfordert.



Das wichtigste internationale Projekt Deutschlands ist die weitere Integration und Stärkung der **Europäischen Union**. Der sichtbare Zusammenhalt und die gelebte Solidarität in der EU ermöglichen uns, die Herausforderungen gemeinsam zu meistern. Damit behauptet sich Europa als **Alternative** gegenüber Autokratien und Diktaturen selbstbewusst. Allerdings sind die gemeinsamen Werte der Europäischen Union von innen wie von außen bedroht. Wir stellen uns denen in den Weg, die **Demokratie und Rechtsstaatlichkeit** in der EU abbauen wollen und werden alle Mittel nutzen, um diese zu **verteidigen**. Wir rufen alle Demokratinnen und Demokraten insbesondere aus der konservativen Parteienfamilie auf, sich hier klar von antidemokratischen Kräften abzugrenzen.

Wir wollen, dass Europa sein Erweiterungsversprechen einlöst und sich reformiert. Die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen ist ein Gewinn an Handlungsfähigkeit, kein Verlust an Souveränität.

Unsere Missionen für eine gerechte Transformation.

Deutschland hat sich in den vergangenen Jahrzehnten ein hohes Maß an **Vertrauen** erarbeitet. Mit diesem Vertrauen geht auch die **Erwartungshaltung** einher, dass Deutschland mehr Verantwortung und auch einen Führungsanspruch übernimmt. In vielen internationalen Debatten steht Deutschland immer mehr im Mittelpunkt. Daher ist es richtig und wichtig, dass Deutschland eine **starke Führungsrolle** einnimmt und in enger Kooperation mit unseren europäischen Nachbarn ein souveränes, resilientes und sozial gerechtes Europa vorantreibt. Aus diesem starken Europa heraus muss Deutschland mehr Verantwortung für eine sozial gerechte und friedliche Globalisierung übernehmen. Zu einer Führungsrolle gehört für uns auch, die Erfahrungen und Meinungen unserer internationalen Partner*innen insbesondere in der EU noch stärker als bisher einzubeziehen, um im Austausch mit ihnen gemeinsam unsere Ziele zu erreichen. Wir setzen uns für eine weitere **Erweiterung und Vertiefung** der Europäischen Union ein – dies umfasst auch notwendige Anpassungen der Verträge, um die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union zu erhalten und zu verbessern. Hierüber wollen wir in Deutschland wie auch in Europa notwendige Debatten anstoßen und führen.

Das Ziel, Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen, ist gesteckt. Wir wollen die demokratische Digitalisierung vorantreiben und zum wirtschaftlichen und sozialen Erfolgsmodell machen. Nun gilt es, **Innovationen** zu schaffen und **Standards** zu setzen, die dazu beitragen, dass diese Transformationen auch sozial gerecht gestaltet werden. Wenn wir zeigen, dass beides zusammengeht – Nachhaltigkeit und Wohlstand –, dann ermutigen wir als **starkes Zentrum** andere Länder und Regionen, diesen Entwicklungspfad mitzugehen.

Die Herausforderungen der globalisierten Welt sind vielschichtig, und kein Staat kann sie allein meistern. Dafür brauchen wir neue **Partnerschaften** und **Kooperationen**. Viele Staaten im globalen Süden haben sich von den Verheißungen liberaler Demokratien abgewendet, weil sie ihre Erwartungen nicht erfüllt sahen. Diese Lücken haben zunehmend andere Länder wie **China** oder Russland gefüllt, die neben Technologien und Infrastrukturen auch ihre autoritären Gesellschaftsmodelle mitexportieren. Diese Entwicklung fordert uns heraus. Wir wollen aktiv auf die Länder des **globalen Südens** zugehen, um Angebote der Kooperation und der tatsächlich gegenseitig gewinnbringenden Transformation zu machen. Wir bauen unsere Zusammenarbeit auf drei Ebenen auf: die kurzfristige Unterstützung bei akuten Herausforderungen wie in der aktuellen Ernährungskrise, die Zusammenarbeit beim Erreichen der nachhaltigen Entwicklungsziele und die Partnerschaft mit den Ländern des globalen Südens auf multilateraler Ebene für eine klimaneutrale, sozial- und geschlechtergerechte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Das europäische Modell einer vertrauenswürdigen **Vernetzung** in Partnerländern ist langfristig angelegt und entspricht den Interessen und Werten der EU: **Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte** sowie internationale Normen und Standards. Darüber hinaus brauchen wir unterschiedliche **Sphären der Kooperation**: Mit nicht-demokratischen Staaten bilden wir zwar keine Wertegemeinschaft, doch zielgerichtete Kooperation bleibt unerlässlich. Globale Herausforderungen wie der Kampf gegen die Klimakrise, gegen globale Pandemien, gegen nukleare Proliferation oder für Steuergerechtigkeit lassen sich nur global lösen. Die Globalisierung braucht klare Regeln und Ziele – ausgehandelt von globalen Institutionen.

Russlands Angriff auf die Ukraine hat uns mit Deutlichkeit vor Augen geführt, dass zu den Grundlagen einer kraftvollen Friedenspolitik auch **militärische Fähigkeiten** sowie strategische Allianzen gehören. Nur aus eigener Stärke heraus können wir für Frieden und Menschenrechte eintreten. Das heißt aber nicht, alles Bisherige über Bord zu werfen: Wir sind davon überzeugt, dass der erfolgreichsten Mittel der **Konfliktlösung** und **Konfliktprävention** das Zusammenspiel durch den vernetzten Ansatz von **Diplomatie**, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik ist, unterstützt durch internationale Abkommen und Abrüstungsinitiativen sowie das **Völkerrecht, Entwicklungszusammenarbeit und Multilateralismus** sind. Das ist unser sozialdemokratisches Selbstverständnis, aufbauend auf einer feministischen Entwicklungs- und Außenpolitik, basierend auf unseren Erfahrungen und internationalistischen Überzeugungen.

Um außenpolitisch handlungsfähig zu bleiben, braucht unsere Volkswirtschaft breitere und resilientere **Liefernetzwerke**. Wir können nur dann glaubhaft verhandeln, wenn gestörte Lieferketten Deutschlands Wirtschaft nicht lahmlegen können.

3. VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT IN DER TRANSFORMATION

Bei allen genannten Missionen gilt: Nur wenn grundlegende **Gerechtigkeitsversprechen** eingehalten und persönliche Risiken abgesichert werden, gelingt die gerechte Gestaltung der Transformation. Wir setzen das **Befähigen** und **Ermächtigen** der Einzelnen ins Zentrum unserer Transformationspolitik. Die Voraussetzungen der Einzelnen sind sehr unterschiedlich und das müssen wir bei der Lastenverteilung in der Gesellschaft berücksichtigen.

Denn eine Gesellschaft, in der Vermögensaufbau weitgehend über das Erben funktioniert, wird immer weiter auseinanderdriften. Eine **gerechte Vermögensverteilung** ist eine Gelingensbedingung für gerechte und produktive Transformation. Deswegen braucht es den Einsatz vermögensbezogener steuerlicher Verteilungsinstrumente.

Durch die Weiterentwicklung unseres Sozialsystems – etwa durch das neue **Bürgergeld**, das **Wohngeld Plus** oder perspektivisch neue Instrumente für den sozialen **Ausgleich für höhere Energiepreise** – trauen wir uns als Gesellschaft die großen Veränderungen zu.

Eine **gerechte Chancen- und Kostenverteilung** ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Der Umbau unserer Gesellschaft erfordert ein dauerhaft hohes Niveau an öffentlichen und privaten Investitionen sowie eine umfassende Bereitschaft, Neues auszuprobieren. Eine zentrale **Steuerungsaufgabe** besteht darin, die **Rahmenbedingungen für Märkte** so zu gestalten, dass **privates Kapital** im Sinne gesellschaftlicher Nachhaltigkeit und Transparenz investiert wird. So tragen öffentliche und private Ressourcen zum gemeinwohlorientierten Wohlstand bei.

Aufgabe von Staat und Politik ist es, bei Innovationsprozessen sicherzustellen, dass die damit verbundenen Risiken und Lasten gerecht verteilt werden und die **Transformationsgewinne** allen zugutekommen. Wir wollen die Investitions- und Betriebskosten für nachhaltige Technologien zwischen Staat und privaten Akteur*innen verteilen. Insgesamt bieten neue Formen von *Climate-* und *Digi-Tech* für Deutschland, die EU sowie für viele Länder des **globalen Südens** große Möglichkeiten für eine nachhaltige (Neu-)Industrialisierung.

Um diesen Wandel zu finanzieren, braucht es gute **Finanzierungskonzepte**, mit denen das notwendige private und öffentliche Kapital mobilisiert werden kann. Die europäische **Taxonomie** sollte ein Instrument sein, das zu nachhaltigen Innovationen beiträgt. Eine gerechtere **Besteuerung** von **Einkommen, Vermögen, Erbschaften** sowie **Gewinnen** und Kapitalerträgen dient darüber hinaus der Verteilungsgerechtigkeit. Wir intensivieren den Kampf gegen **Steuerbetrug** und **Steuervermeidung**, um insbesondere global agierende Konzerne fairer zu besteuern.

Wir setzen uns zudem für einen internationalen Wettbewerb ein, der die nachhaltige Modernisierung befördert. Dazu braucht es einen effektiven europäischen **Carbon-Leakage-Schutz** und ein **CO₂-Grenzausgleichssystem** sowie die Verknüpfung verschiedener **Emissionshandelssysteme**. Wir wollen Länder und Regionen, die den nachhaltigen Umbau aus eigener Kraft nicht leisten können, gezielt unterstützen, etwa durch besseren Zugang zum europäischen Markt, durch Technologiepartnerschaften und eine **Entwicklungszusammenarbeit** mit Fokus auf Modernisierung, Transformation, Resilienz und Adaption.

››› ZEIT, GEMEINSAM ZU HANDELN

Die Herausforderungen sind immens, der Zeit- und Handlungsdruck ist enorm. Entschlossenes Handeln heute ist Voraussetzung für **Handlungsfähigkeit** auch morgen. Ein sozial ausgewogener, demokratisch gestalteter Transformationsprozess ist notwendig für mehr Gerechtigkeit über Einkommensgruppen, Regionen und **Generationen** hinweg.

Gerechte Transformation gelingt in einer Gesellschaft, die Respekt für die Lebenssituation und Sichtweise der Einzelnen und für die verschiedenen Möglichkeiten hat, sich in den Transformationsprozess einzubringen. Echte Teilhabe stärkt nicht nur das Gefühl, mit dem Ort, seinen Menschen und der Demokratie **verbunden** zu sein; sie schafft auch Mitverantwortung für die großen Entscheidungen unserer Zeit.

Unsere sozialdemokratische Partei ist der Ort, an dem um die Gestaltung der Transformation gerungen und über sie entschieden wird. Wir laden alle mit ihren unterschiedlichen Lebensperspektiven, Hintergründen und Erfahrungen ein, in der SPD an unserer gemeinsamen Zukunft zu bauen.

Die **Zukunft**, die wir hier skizzieren, liegt nicht in weiter Ferne. Wir sind schon mittendrin. Lasst sie uns gemeinsam gestalten.

